

# AHV-REVISION – Frühzeitig handeln ist angezeigt

Wenn man sich die Zahlen der AHV anschaut, wird man erkennen, dass die AHV heute sehr gut dasteht. Die Reserven der AHV sind derart hoch, dass ohne weitere Einzahlungen die Renten noch rund 10 Jahre ausbezahlt werden können. Dies ist im internationalen Umfeld einmalig, und vor diesem Hintergrund muss man sich fragen, warum denn nun Veränderungen an der AHV nötig seien. Die Antwort ist einfach: Die Anzahl der Rentner wird in Zukunft zunehmen, damit steigen die Ausgaben, und diese müssen finanziert werden.

Die Erfahrungen mit der Pensionskasse des Staatspersonals haben gezeigt, dass es sehr teuer werden kann, wenn man nicht frühzeitig auf sich abzeichnende finanzielle Entwicklungen reagiert. Agiert man früh genug, kann man mit verträglichen Massnahmen eine nachhaltige Finanzierung gewährleisten. Je länger man mit den nötigen Anpassungen zuwartet, desto unangenehmere Massnahmen müssen getroffen werden, um die Einnahmen und Ausgaben der AHV langfristig im Gleichgewicht halten zu können.

Es gibt bereits deutliche Indikatoren, welche einen Handlungsbedarf anzeigen. So reichen bereits seit einigen Jahren die Beitragszahlungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht mehr aus, um die Rentenzahlungen zu finanzieren. Der relativ hohe Staatsbeitrag sowie die hohen Reserven der AHV (AHV-Fonds), welche durch ihre Kapitalerträge die Renten mitfinanzieren, füllen derzeit die Lücke aus. Der Staatsbeitrag an die AHV ist jedoch nur noch bis zum Jahr 2017 zugesichert. Für die Jahre danach muss er gesetzlich neu festgelegt werden. Dies muss auch vor dem Hintergrund der langfristigen Sanierung des Staatshaushalts geschehen.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die AHV nachhaltig zu finanzieren. Insgesamt müssen die Einnahmen erhöht beziehungsweise die Ausgaben verringert werden. Die Regierung wird einen Vernehmlassungsbericht veröffentlichen, in dem sie ein Bündel von Massnahmen zur Diskussion stellt. Betroffen von den Massnahmen werden sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer, Rentner und der Staat sein. Es wird sich kaum vermeiden lassen, die Beiträge zu erhöhen und das Rentenalter anzuheben. Dies trifft vor allem die jetzigen Erwerbstätigen. Für die Rentner ist insbesondere die Frage von Interesse, ob das Weihnachtsgeld abgeschafft wird.

Eine sofortige Abschaffung des Weihnachtsgelds ist in der sich in Arbeit befindlichen Vorlage durch das Ministerium für Gesellschaft nicht vorgesehen. Es wird stattdessen darüber nachgedacht, das Weihnachtsgeld über einen längeren Zeitraum langsam auslaufen zu lassen.

Ministerium für Gesellschaft

*Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die AHV nachhaltig zu finanzieren. Insgesamt müssen die Einnahmen erhöht beziehungsweise die Ausgaben verringert werden. Die Regierung wird einen Vernehmlassungsbericht veröffentlichen, in dem sie ein Bündel von Massnahmen zur Diskussion stellt.*